

Grundzüge des ungarischen feudalen Eigentums in der Zeit des späten Feudalismus

Es ist in einer Abhandlung sehr engbegrenzten Umfanges natürlich nicht möglich, den ganzen Fragenkreis des ungarischen feudalen Eigentums ausführlich darzulegen. Wir müssen schon von vornherein darauf verzichten, uns auch über die Besprechung von Elementen „öffentlich-rechtlichen“ Charakters auszubreiten. Deshalb können wir ausdrücklich nur die bündige Bekanntmachung der für das feudale Eigentum „privatrechtlich“ am meisten charakteristischen Gebundenheiten unternehmen.

Die Eigenartigkeiten des ungarischen feudalen Eigentums können zusammenfassend so bestimmt werden, daß es 1. ein geteiltes Eigentum ist, 2. verschiedene Macht- und andere Berechtigungen (Gerichtsbarkeit, Verwaltung, Besteuerung usw.) mit ihm verbunden sind, 3. daß — dem Recht gemäß — die Grundeigentümer ungeachtet ihrer weitläufigen Berechtigungen weit davon sind, hauptsächlich über ihre Grundstücke frei verfügen zu können. *Geteilt* ist dieses *Eigentum* insofern, daß im Namen der heiligen Krone, die den Staat quasi als ein Fetisch symbolisierte und als die Haupteigentümerin eines jeden Grundstücks qualifiziert wurde, der König (Landesverweser, Palatin) die Menschen mit Grundstücken, Donationsgütern belehnte und die Donatare diese hauptsächlich auf Hufen geteilt mit den von ihnen in persönlicher Abhängigkeit stehenden unmittelbaren Produzenten bauen ließen. Auf dasselbe Grundstück haben also — in bestimmten Rahmen — mehrere Rechtssubjekt Eigentümer—Besitzer—Berechtigungen. Die Verfügungsrechte des Eigentümers werden durch eine *dreifältige Verbundenheit* beschränkt, die vom Fortleben des Überreste der Gütergemeinschaft der Großfamilie und der Sippe (*Avitizität*), von dem auf das Donationsgut bezüglichen Ober-eigentümersrecht des Königs, d. h. der heiligen Krone (*Donationssystem*) und vom Verhältnis zwischen Grundherrschaft und den Hörigen (*Urbarialwesen*) herrühren.

I.

Von den das Verfügungsrecht des Eigentümers beschränkenden Rechtsinstituten gestaltete sich am ehesten die *Avitizität*, d. h. die Gesamtheit der auf die Beschränkung des Vermögensverkehrs gerichteten materialrechtlichen Rechtsinstitute, die sich hauptsächlich auf die Grundstücke der weltlichen Grundherren bezog. Ihre Grundlage ist das Gut (samt seinen zur systemati-

schen Bebauung notwendigen Zubehören), das von einem Aszendenten auf einen Deszendenten mindestens einmal der gesetzlichen Erbfolge gemäß zufiel und damit ein Ahnengut wurde und auch blieb, solange aus dem Vermögen des ersten Erwerbers seine erbberechtigten Überlebenden lebten. Das Stammvermögen, Ahnengut gehört „nicht demjenigen, der es besitzt, sondern dem ganzen Geschlecht und zwar nicht nur den Lebenden, sondern auch den zukünftigen Abkömmlingen“. Die auf die Ahnengüter Berechtigten wurden innerhalb des Kreises der ungeteilten Familie, bzw. der mitbeteiligten Verwandten durch die Gemeinschaft der Abstammung des Rechts (*communio sanguinis et communio iuris*) verbunden. Die Mitglieder der ungeteilten Familie sind die Eltern und die Kinder oder nach dem Tode des Vaters: die in Hinsicht der Zukunft zusammenbleibenden und ihr Gut bewirtschaftenden Geschwister, samt ihren Familienmitgliedern. Die mitbeteiligten Verwandten (*fratres condivisionales*) sind diejenigen, die die Abstammung von einem gemeinsamen Ahne und die einstmalige Gütergemeinschaft noch in Evidenz halten. Die Mitglieder der ungeteilten Familie sind Miteigentümer des Gesamtgutes (*condomini*), die die Nutzen jenes gemeinsam genießen und die die nicht aus Eigenschuld herrührenden Schäden gemeinsam tragen. Es ist charakteristisch, daß selbst der Vater nicht als ein alleiniger Eigentümer und seine Söhne nicht als alleinige Anwärter qualifiziert werden, weil sie einander in den in der Rechtsordnung bestimmten Fällen zur Aufteilung des Gesamtgutes zwingen können und in diesen Fällen sie auch ihre Errungenschaften zu teilen haben. Das Oberhaupt der ungeteilten Familie ist der Vater oder nach seinem Tode der älteste Bruder, dessen Aufgabe ist, das Gesamtgut zu verwalten. Er verfügt aber darüber nicht frei, kann damit ohne das Einverständnis der Berechtigten nicht alles tun.

Die Art und Weise der Teilung des Gesamtgutes war die sog. Teilung (*divisio*), die auf Grund einer gegenseitigen Vereinbarung oder auf königlichen, bzw. großrichterlichen Befehl vorkam. Der Vater vermochte die Teilung durch Gerichtsverfahren u. a. dann zu erzwingen, wenn sein Sohn Hand an die Eltern (an ihn oder an seine Mutter) legt, wenn dieser seine Eltern mit einer Straftat beschuldigt, die weder gegen den König noch gegen das Land gerichtet war (*nota infidelitatis*) und auch wenn der Sohn eine verschwenderische Lebensweise führt. Der Sohn kann die Teilung auch erzwingen, falls der Vater das Stammvermögen (Ahnengut) verschwendet, wenn er dessen Verwaltung vernachlässigt, das Recht der Hauszüchtigung unbegründet grausam ausübt oder er ihn eine Straftat zu begehen erzwingt, sowie wenn der Vater nach der Erreichung der Volljährigkeit seines Sohnes ihn in seiner Eheschließung verhindert. Anlässlich der Teilung, die typisch nach dem Tode des „Eigentümers“ geschieht, werden alle zum Gesamtgut gehörenden Mobilien und Immobilien ins Inventar aufgenommen. Die Mobilien, miteinbegriffen auch den geldvertretenden Pfandbesitz, wurden zwischen den Söhnen, Töchtern und der Witwe in gleiche Teile verteilt. Aus den Grundstücken haben aber, in gleichem Verhältnis, nur die Söhne einen Teil erhalten. Die Söhne nahmen vom Mobiliareigentum die Kriegausrüstung und den Sigelring des Verstorbenen und die Witwe die Equipage, die Kutschenpferde, die Festkleider und den Verlobungsring ihres Gatten noch vor der Teilung bekommen. Das Vaterhaus stand zusammen mit seinen Zubehören dem kleinsten Sohne zu. Aber dieses wurde auch in seinen Erbteil eingerechnet, wenn die Gebrüder sich aus dem gemeinsamen Vermögen keine neuen entsprechenden Häuser

bauen konnten. Die Familiendokumente blieben gemeinsam unter der Bewahrung des ältesten Bruders, wie sie — als ein Kompossessorat (*compossessoratus*) — die unter gewissen Umständen unteilbaren oder für einen der Teilnehmenden nur nachteilig teilbaren Regalien (Schenkonzession, Akzisen, Fährre, Marktrecht), sowie das Forstrecht, Weiderecht auch gemeinsam genossen. Die Teilung hatte sehr wesentliche rechtliche Wirkungen: das aufgeteilte Landgut wurde zu einem Ahnengut, selbst wenn es früher ein erworbenes dem Berechtigten zur freien Verfügung stehendes Gut war. Die mitbeteiligten Verwandten haben eine gegenseitige Erbberechtigung erworben, so daß im Falle des Aussterbens der Linie einer der Parteien die Linie der anderen auch darin erbte. Aber der Erbteil der anderen Partei konnte keineswegs durch Ersitzung erworben werden. Als Haftpflichtige hätten sie für den aus dem gemeinsamen Vermögen stammenden Teil das Eigentumsrecht voneinander auch in einem Prozeß zu verteidigen.

Das Verfügungsrecht des „Eigentümers“ des Ahnengutes ist, aus seiner Qualität als Miteigentümer folgend, sehr beschränkt. Er konnte das Ahnengut in einem Rechtsgeschäft unter Lebenden mit Perennalfassion (*fassio perennalis*) nur aus einem notwendigen (*necessaria*) oder vernünftigen (*rationabilis*) Grund veräußern. Wenn das Bestehen dieser Gründe von einem der mitbeteiligten Verwandten behauptet wurde, hat das Gericht entschieden. Aber selbst im Falle der vernunftmäßigen Veräußerung konnte der Ahnengut erst nach der Anbietung den mitbeteiligten Verwandten entäußert werden, da diese Vorkaufsrecht hatten. Die Anbietung sollte auf gerechtem Weg, schriftlich geschehen, so daß den mitgeteilten Verwandten in der Erbfolge außer der Verkaufsabsicht auch die Bedingungen des Verkaufs mitgeteilt werden sollten. Die mitbeteiligten Verwandten, die dem Veräußerer unbekannt waren, sollten in der Komitatsversammlung aufgerufen werden, um von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen zu können. Das Schweigen des mitbeteiligten Verwandten wurde nach den der Anbietung folgenden 15 Tagen als eine Zustimmung der Veräußerung behandelt. Der dessen Antrag vom Veräußerer verworfen wurde, konnte einen Prozeß einleiten um die Veräußerung ungültig erklären zu lassen. Bei der Veräußerung des Ahnengutes sollten die mitbeteiligten Verwandten nicht aufgerufen werden, wenn die Veräußerung aus einem notwendigen Grund oder zugunsten jemandes mit Vorkaufsrecht geschah, wenn sie in Tausch eines Gutes ähnlichen Wertes oder als die Entlohnung treuer Dienste, sowie — im Falle eines auf ein Ahnengut bezüglichen Prozesses zweifelhaften Ausganges — für den dort erreichten Ausgleich geschah. Falls ein mitbeteiligter Verwandte die Veräußerung auf irgendwelchem Grund gerichtlich ungültig erklären lassen konnte, konnte er das Gut mit der Erstattung des Verkaufspreises und der (notwendigen, nützlichen) Investitionskosten ablösen. Das Ahnengut sollte auch im Falle der Verpfändung den mitgeteilten Verwandten angeboten werden, da im ungarischen feudalen Recht — aus Mangel an Hypothek — das Grundstück, als Faustpfand (*pignus*), aus den Händen des Pfandschuldners in die Hände des Pfandgläubigers geriet. Wenn die Anbietung unterblieb, konnten die Mitbeteiligten den Pfandvertrag in einem Prozeß ungültig erklären lassen, womit dessen Bedingungen auf sie übertragen wurden. Dem Landesrecht nach hatte der „Eigentümer“ über sein Ahnengut auch kein Recht zur Errichtung eines Testaments, die Regel ist die gesetzliche Erbfolge, deren Grundprinzipien die Folgenden sind: Das Vatergut fällt den vom Vater Abgestammten und das Muttergut den von ihr Abgestammten an (*pa-*

terna paternis, materna maternis). Zuerst erben die *Deszendenten*, dann die *Aszendenten* bis zum ersten Erwerber auf und, wenn es keine solchen gibt, dann erben die ebenfalls bis zum ersten Erwerber gerechneten mitgeteilten *Seitenverwandten*. Der Verwandte näheren Grades schließt den entfernteren Verwandten aus der Erbfolge aus, ebenso wie im Rahmen der Seitenerbfolge die näheren Verwandten, die Seitenlinie, deren Mitglieder sich im Ahnengut später teilten, die fernerer Verwandten ausschließen. Von den Mobilien und erworbenen Gütern erben die Söhne und Töchter einen gleichen Teil, zum ersten Mal *per capita*, später *per stirpes*. Aber in Grundstücken und *in natura* (nicht in Geld!) erbten die Töchter nur vom Muttervermögen, bzw. von den für beide Geschlechter gegebenen Donationsgütern und gekauften Landgütern, wenn von dem ersten Erwerber diese nicht allein auf Männer beschränkt wurden. Schließlich konnten alle Töchter kollektiv erben, unter dem Titel „*Quartalitium*“ (*Töchterviertel*), aber nur einmal, in dem ohne Geldzahlung ausschließlich der männlichen Linie gegebenen Donationsgut, wenn die Töchter mit der Zustimmung ihres Vaters oder ihrer Brüder einen landgutlosen Adligen oder einen Hörigen heirateten.

II.

Das Verfügungsrecht des Eigentümers wurde auch durch das *Donationssystem* beschränkt, weil in den Donationsgütern (*bona donationalia*) auch das Recht des Fiskus teilhaftig war (*fiscalitas*), im Gegensatz zu den gekauften Gütern (*bona emptitia*). Ein Donationsgut war dasjenige, womit der „Eigentümer“ vom König oder vom Palatin belehnt wurde. Der König konnte die Adligen und die Unadeligen, mit gewissen Ausnahmen (nämlich die Ausländer vor ihrer Einbürgerung, die Kleriker, die Städte), mit einem Gut von welcher Größe auch selbst mehrmals belehnen, der Palatin aber nur Adelige, belehnend dieselbe Person mit einem Vermögen von einer höchstens 32 Fronhof-Größe, als eine reine Donation, mit einem Gut, das *de facto* und nicht nur rechtlich (*de iure*) auf die heilige Krone zurückfiel. Es wurde als eine reine Donation (*donatio pura*) qualifiziert, die der Donatar ausschließlich als Belohnung der Verdienste gab. Die gemischte Donation (*donatio mixta*), wobei der Donatar zu seinen Verdiensten auch Geld zahlte, unterschied sich von der Vorigen. Diese Donation tarnte eigentlich einen Kaufvertrag. Wenn der Donatar das Donationsgut mit einer mit hängendem Siegel beglaubigten Urkunde (*privilegium*), aus einem an die Krone tatsächlich schon zurückgefallenen Landgut erhielt, so war die Donation vollständig (*donatio perfecta*). Wenn er aber ein solches Gut mit Patent bekam, das noch nicht in den Händen des Königs war, nur rechtlich an die Krone zurückfiel, qualifizierte sich die Donation als ein aus fremden Händen (*de manibus alienis*) gegebenes, das der Donatar im Prozeßwege erwerben konnte. Im Prozeß sollte der Donatar den Rechtstitel anrufen, worunter das Gut an die Krone zurückgefallen war und auch den Rechtstitel, worunter er selber es bekam.

Es gestalteten sich mehrere Rechtstitel der Donation (*tituli donationis*): das Ableben ohne Hinterlassung von Nachkommen, der Hochverrat, das königliche Recht, die neue Donation und die verschiedenen Fälle der königlichen Einwilligung. Das Ableben ohne Hinterlassung von Nachkommen (*defectus seminis*) kam vor, wenn der Donatar ohne im Donationsbrief mit Erbschaftsanspruch

bekleideten Nachkommen starb. Der Hochverrat (*nota infidelitatis*) ist die Begehung eines so schweren Verbrechens, der mit Tod zu strafen und vom Zeitpunkt der Begehung ab mit Vermögensverlust verbunden war, in der Beziehung *de facto* des ganzen Vermögens des Verübers. Die Wirkung des Vermögensverlustes erstreckte sich aber auf die mit ihm gemeinsam besitzenden schuldlosen Angehörigen nicht: ihr Anteil sollte vor der Konfiskation diejenigen ausgegeben werden. Das königliche Recht (*ius regium*) ist der Inbegriff des Erlöschens des im Donationsbrief mit Erbschaftsanspruch bekleideten Nachkommen und des Hochverrats, worauf man sich deshalb beruft, weil jenseits der Verjährungsfrist der Adelsgüter (32 Jahre) bis zur Verjährungsfrist der königlichen Rechte (100 Jahre) rückwirkend der Donatar beweisen konnte, daß bei irgend einem der vorigen Eigentümer ein Ableben ohne Hinterlassung von Nachkommen oder ein Hochverrat erfolgte. Die neue Donation (*nova donatio*) bezog sich auf Güter, die zwar im Besitz und Eigentum des Donatars waren, der Donatar aber sein Eigentumsrecht mit keinem Dokument beurkunden konnte, und wenn man nur Ersitzer war, u. a. mit neuer Donation das Eigentumsrecht verschaffen konnte, weil die Ersitzung im ungarischen feudalen Recht nicht das Verschaffen des Eigentumsrechts ergab: es konnte nur durch eine Einrede im Prozeß darauf berufen werden. So z. B. auf die königliche Einwilligung (*consensus regius*) darin oder auf den königlichen Verzicht darauf, daß das königliche Donationsgut vom letzten legalen Gutsbesitzer (*deficiens*) an die Krone zurückfällt, bzw. daß der König die Verfügung darüber bestätigt.

Die Donation geschah mit einem Donationsbrief, womit gewisse traditionelle Klauseln ausgestaltet wurden. Solche waren die Folgenden: *salvo iure alieno*, wonach die Donation stattfindet, ohne daß anderen eine Kränkung zugefügt wäre; *praemissis sic, ut refertur et se habentibus*, d. h. die Donation ist nur gültig, wenn die vom Bewerber der Donation vorgetragenen Tatsachen der Wirklichkeit entsprechen und das Landgut auf Grund des Ablebens ohne Nachkommen oder des Hochverrats an die Krone zurückfiel. Das wichtigste war die *clausula iurium declarativa*, die den Donatar und die in seinem Gut Erbenden aufzählte. Mehrere Varianten dieser Klausel waren bekannt, wonach: a) nur die männliche Linie, b) die männliche und weibliche Linie unterschiedslos, c) die männliche Linie und die weibliche Linie des letzten Mannes, d) nur die männliche Linie erwerben konnten, daß nach derer Aussterben der Fiscus den im Donationsbrief bestimmten Betrag der weibliche Linie bezahlen sollte, e) der letzte Manneserbe erhielt ausnahmsweise ein freies Verfügungsrecht und f) schließlich konnten auch die Brüder und ihre Erben zu Erben werden.

Der Donatar als erster Erwerber konnte die im Donationsbrief bestimmte Erbfolgeordnung verändern aber nur ohne der Krone ein Unrecht anzutun. So z.B. konnte er in den der männlichen Linie gegebenen Landguten auch die weibliche Linie zu Erben machen oder er konnte die Töchter aus den für beide Geschlechter Verliehenen ausschließen. Es war sogar auch nicht ausgeschlossen, daß er einem seiner Söhne mehr nachlasse als einem anderen. Wenn aber der im Donationsbrief bestimmte letzte Erbe starb, das Landgut unabhängig vom Willen des ersten Erwerbers an die Krone zurückfiel. Es waren im Besitz des der männlichen Linie gegebenen Landgutes aus dem Willen des ersten Erwerbers vergebens noch Erbinnen, die Krone konnte ihr Recht auf das Zurückfallen des Gutes anwenden. Es war der erste Erwerber,

der berechtigt war, die gesetzliche Erbfolge zu verändern. Übt er aber diese Berechtigung nicht aus, so konnten seine Rechtsnachfolger von diesem Recht nicht mehr Gebrauch machen, weil das Landgut in ihren Händen schon zu einem Ahnengut wurde.

Wie gesehen, konnte mindestens der erste Erwerber die Erbfolgeordnung vorläufig verändern. Wenn aber der Donatar oder sein Nachfolger den im Donationsbrief bestimmten Erben zum Nachteil der Krone ausdehnen wollte, konnte er dies nur mit der Zustimmung des Königs tun. Bezüglich des Donationsgutes sollte der König um seiner Zustimmung zur Legitimierung des außerehelichen Sohnes nicht durch nachfolgende Ehe (*legitimatio per rescriptum principis*) geboten werden, sowie auch zur Annehmung jemandes an Sohnes oder Bruders statt (*adoptio filialis, fraternalis*). Das Letztere ist dem Wesen nach ein von den zwei interessierten adeligen Parteien um Zustimmung dem König unterbreiteter Erbvertrag. Es sollte auch eine Zustimmung des Königs zur Präfektion (*praeffectio*), im Sinne deren die Tochter so erbt, als ob sie ein Sohn wäre, und die Gründerin einer neuen adeligen Familie wird. Ihre Kinder werden als Adelige geboren, selbst wenn ihr Vater kein Adeliger ist. Und die königliche Zustimmung ist notwendig auch zur freien Errichtung eines Testaments. Die Wirkung von allen diesen war grundsetzlich davon abhängig, daß demjenigen, der die königliche Zustimmung durchgesetzt hatte, kein männlicher Erbe geboren wird, daß er keine erbberechtigten mitbeteiligten Verwandten hat und keinen Hochverrat begeht. Der „Eigentümer“ verfügte nicht frei über sein Donationsgut nicht nur im Falle seines Todes sondern auch unter Lebenden. Nur derjenige, der vor dem Erlöschen seiner Familie stand (*deficiens*), konnte das Donationsgut verkaufen, aber auch er sollte dazu die königliche Zustimmung erwerben.

III.

Bevor wir auf die Besprechung der aus dem Verhältnis zwischen Grundherr und Hörige stammenden Eigentumsgebundenheiten übergehen würden, gedenken wir hier nebenbei des Rechtsinstituts des Fideikommisses (*fideicommissum*), das in der Zeit des Feudalismus wegen des Systems der Avitizität verhältnismäßig in kleinem Maße aus den österreichischen Kronländern auch in Ungarn verbreitet war. Das Fideikomiß war ein unveräußerlicher und unbelastbarer Grundbesitz, der in einer von dem Gründer in Gründungsurkunde bestimmten Weise aber immer in einer Hand geerbt wurde. Des Erbe des Fideikommisses konnte das Vermögen nur benutzen, aber weder verkaufen, noch verpfänden. Er würde es so nämlich verlieren, aber der nächste Erbe könnte es lastenfrei wiedererlangen. Zuerst konnten nur die Magnaten, später aber auch die Klein- oder Mitteladeligen mit königlicher Bestätigung Fideikommisses begründen, aber nur auf den erworbenen Gütern, weil die Erbfolgeordnung des Ahnengutes nicht geändert werden konnte. Hätten sie dies zu Lasten der viertelgrädig mitbeteiligten Verwandten getan, so hätten sie das Verbrechen der Verweigerung des Blutes (*proditio fraternalis sanguinis*) begangen. Die Strafe dieser Verweigerung war unter anderen der Verlust des ganzen Vermögens des Verübers zum Nutzen der Verwandten, die er beschädigen wollte. Die Gründungsurkunde sollte mindestens in der Vollversammlung des Komitats verkündet werden, auf dessen Zuständigkeitsgebiet

das Gut des Fideikommisses lag. Es kam aber auch die Landesverkündigung auf, damit die Interessierten gegen die Gründung protestieren können, bzw. die gutgläubigen Kreditgeber vorsichtig sein können.

IV.

Eine neuere Reihe der Gebundenheiten des feudalen Eigentums stammte aus dem Verhältnis zwischen Grundherrn und Hörigen. Die kurzgefaßte Vorlegung von diesen führt noch mehrere Probleme herbei als die der Avtizität oder die des Donationssystems. Dieses Problem ist hauptsächlich auf zwei Umstände zurückzuführen: 1. Das die Verhältnisse der Hörigen regulierende Gewohnheitsrecht war in vielen Beziehungen partikular, 2. es gab neben den in den eigenen Händen des Grundherrn gehaltenen Landgütern viele Arten der im Besitz des Hörigen befindlichen Länder mit verschiedenen rechtlichen Eigentümlichkeiten. Solche waren — um nur einige zu erwähnen — die urbariale Hufe, die Rodung, der Weingarten. Im allgemeinen, besaßen die Hörigen keine Weiden und Wälder, aber sie benutzten doch einige zusammen mit dem Grundherrn.

Die urbariale Hufe (*sessio, fundus colonialis*) bestand aus zwei Teilen, aus einer inneren Hufe (*sessio, fundus intravillanus*) und aus einer — damit als mit einem Grund verbundenen — äußeren Hufe (*sessio, fundus extravillanus*). Zur inneren Hufe gehörte das Haus im Dorf mit einem Wirtschaftshof und einem Garten. Die äußere Hufe bestand aus Ackerfeldern und Wiesen, deren Größe teils in verschiedenen Komitaten, teils von der Qualität des Feldes und der Ferne vom Dorf abhängig sehr verschieden war. Außer der ganzen Hufen konnten die Hörigen auch Teilhufen in der Hand halten. Aber diejenigen, die über weniger als eine Achtelhufe verfügten, waren im Sinne des Urbariums der Königin Maria Theresia schon als Inquilinen (*inquilini*) qualifiziert. Das Recht der beschränkten Benutzung der gemeinsamen Wälder und Wiesen war auch mit der Hufe verbunden. Die Rodung (*terra extirpatitia*), die der Hörige auf dem Allodialgut seines Grundherrn mit harter Arbeit ackerbar, mähbar oder zum Weinbau geeignet machte, lag außerhalb des Hufesystems. Die Höchstgrenze der möglichen Rodung war zwar nicht vorgeschrieben, aber eine allgemeine Regel war von der zweiten Hälfte des 18. Jh., daß der Hörige zur Rodung die Bewilligung des Grundherren zu bitten soll. Was die Weingärten der Hörigen anbelangt, ähnlich den Rodeländern wurden auch diese durch die Hörigen zu einem fruchtbaren Boden gemacht, mit einer sehr harten Arbeit. Diese hatten zwei Haupttypen, in der Form der zur inneren Hufe gehörenden, bzw. der nicht dazu gehörenden Weingärten. Nach den letzteren sollte entweder der die 1/7—1/10 der jährlichen Frucht ausmachende Zehent oder der im allgemeinen nach der Ausdehnung des Weingutes (Weingartens, Weinbergs) richtende und vorläufig bestimmte Weinbergzoll bezahlt werden.

Die Skizzierung der eigentumsrechtlichen Probleme des Hörigengutes könnte mit dem kurzen Satz erledigt werden, daß der Hörige kein Eigentümer ist, wenn das Leben eine oft zitierte These des Tripartitum von István Werbőczy (welches Buch als die rechtliche Bibel des ungarischen Adels rechnet), nicht überholt hätte. Diese These war: „*rusticus praeter laboris mercedem et praemium in terris domini sui quantum ad perpetuitatem nihil iuris habet: sed totius terrae proprietas, ad dominum terrestrem spectat et pertinet.*“

(Partis III. Tit. 30. § 7.) Es geschah im 18. Jh. auch, daß der Oberste Gerichtshof des Landes (*Curia regia*) in einer prinzipiellen Entscheidung, Dezision erklärte, daß ein Adelsgut nur von einem Adeligen erworben werden könne und von einem nicht-Adeligen ein solches Gut unter dem Rechtstitel der Unfähigkeit des Besitzes irgend ein Adeliger ihm im allgemeinen abzuklagen vermochte. Die Lage in der Wirklichkeit war aber nicht so einfach, weil schon aus dem weniger zitierten ersten Halbsatz des erwähnten Textes des Tripartitum auch gelesen werden kann, daß *per hoc* (d. h. unter den Erbfolgerechtsvorschriften der Hörigen) *tamen non est intelligendum, ut haereditas* (hier nicht Erbschaft, sondern Immobiliargut) *per rusticum cuiusdam legata, vel vendita, iure perpetuo a domino terrestri alienari possit*, woraus hingegen soviel herauszulesen ist, daß das Verfügungsrecht auch dem Hörigen nicht völlig fehlte. Und andere Quellen beweisen, daß auf den Hörigengütern verschiedenen Typs sowohl den Hörigen als auch den Grundherren verschiedene Verfügungsrechte zustanden.

Rechtlich war die urbariale Hufe am meisten verschänzt. Der Grundherr konnte diese Hufen seiner Hörigen nicht rechtmäßig abnehmen, er konnte sie nur dadurch „ausschätzen“, daß er sie verpflichtete, den Wert der öffentlichen Schätzung zu bezahlen (*abaestimatio sessionum*, *Enteignung*), wenn sie schuldig ungeeignet wurden, ihre öffentlichen und dem Grundherrn gebührenden Zugehörigkeiten zu besorgen, oder wenn sie ihren schweren Übertretungen zufolge nicht unter ihren Genossen bleiben konnten, sowie wenn der Grundherr mehrere erbberechtigte Kinder aber nur ein Adelshaus hatte, um neue Adelskurien bauen zu können. In den ersten zwei Fällen sollte der Grundherr den Urbarialcharakter des Grundstückes erhalten und es wiederholt in den Besitz eines Hörigen geben, sowie auch im Falle, wenn die urbariale Hufe dem Aussterben der Familie des Hörigen oder seinem Hochverrat zufolge heimgefallen oder die urbariale Hufe auf eine andere Weise freigeworden ist. Der Grundherr war berechtigt, das Urbarialgrundstück mit einem herrschaftlichen Boden gleichen Wertes (Ertrags) auszutauschen, seinen Hausbedarf auf Grund seines Vorkaufsrechts aus den auf Verkauf angebotenen Produkten seines Hörigen zu befriedigen und die im Urbarium bestimmten Geld-, Frucht- und Arbeitsleistungen einzutreiben. Demgegenüber konnte der Hörige auf seiner urbarialen Hufe frei wirtschaften, mit der Ausnahme der Bergprodukte die Früchte seines Grundstückes genießen. Aber er konnte einen Anbauzweig nicht in einen anderen umbilden, z. B. das Ackerfeld in eine Wiese. Er konnte mit der Zustimmung des Grundherrn seine urbariale Hufe einem anderen, der die grundherrlichen Lasten unternimmt, verkaufen. In diesem Fall waren die Gegenstände des Kaufs: das Haus, seine noch keinen Nutzen tragende Arbeit und seine in ihrem Wert dauerhaften Investitionen. Es stand ihm auch zu — wenn er ein Erwerber oder kinderlos (*deficiens*) war — ebenso mit der Zustimmung des Grundherrn auch ein Testament zu errichten. Wenn aber die urbariale Hufe als ein Ahnengut galt, konnte er darüber nicht verfügen, ja sogar im Falle mehrerer Erben, bestimmte der Grundherr denjenigen von ihnen, der die urbariale Hufe mit der Verpflichtung der Befriedigung der anderen bekommen soll.

Die rechtliche Lage des Rodeackers hat sich von der des Urbarialgrundstückes in vielem unterschieden und selbst unter den einzelnen Rodungen entstanden bedeutende Unterschiede. In der Gestaltung des rechtlichen Schicksals der Rodungen konnten wir drei Haupttendenzen beobachten: Sie wurden 1.

Allodialwirtschaften, d. h. grundherrliche Eigenwirtschaften, 2. urbariale Hufen oder 3. bewahrten ihren Rodung-Charakter. Über das in eigene Behandlung genommene, zu einer Allodialwirtschaft gewordene Rodung konnte der Grundherr ohne Hinsicht auf ihre Hörigen frei verfügen, die in eine urbariale Hufe einverleibte Rodung teilte sich an derer Schicksal, aber über die ihren Rodung-Charakter bewahrenden Länder haben sowohl der Grundherr, auf dessen allodialen Wirtschaften die Rodungen entstanden, als auch der Hörige freier verfügt als über die urbarialen Hufen. Dem Urbarium nach konnte der Grundherr aus den nicht-genehmigten Rodeländern oder aus denen, die nicht vom Anfang an zum Unterhalt des Hörigen notwendig waren, den Ausreuter jederzeit „ausschätzen“ lassen, ja sogar konnte er die gegen seinen Verbot herbeigeführten Rodungen — ohne Schüttzungsgeld zu zahlen — konfiszieren. Die Gesetzgebung in 1836 veränderte in dieser Hinsicht nur soviel, daß sie für die Zukunft nicht nur die unentgeltliche Wegnahme trotz dem Verbot, sondern auch der ohne Erlaubnis herbeigeführten Rodung genehmigte. Wenn aber seit dem Beginn der Benutzung der Rodung schon drei Jahre vergingen, hatte das Gesetz die Wegnahme der nicht-verbotenen und nicht-erlaubten Rodungen von Schätzungsgeld abhängig gemacht. Was dieses Geld anbelangt, neben dem Gegenwert der auf die Rodung aufgewandten Arbeit enthält dieses alle Investitionen und — wenn die Rodung in Verkehr gebracht wurde — auch die Differenz, die sich zwischen der Schätzung der Arbeit und dem Verkaufspreis zeigte. Gemäß den Gesetzen i. J. 1836 sollte der Grundherr in der Rodungserlaubnis auch den Betrag angeben, den der Arbeitnehmer für seine Arbeit erhält. Wenn er dies versäumt, ist das Zurückkaufen der Rodung mit der Ausschließung des Weges vor Gericht nur auf Grund einer freien Verhandlung möglich. Für die Entgeltung der Mehrrechte des Grundherrn konnten die Hörigen — von den urbarialen Hufen abweichend — ihre Rodungen ohne die Bewilligung des Grundherrn frei — im Falle des Kaufgeschäfts um einen von der Qualität des Ackers, bzw. um einen von Angebot und Nachfrage abhängigen Preis utereinander zu veräußern, ausgenommen wenn der Grundherr die bewilligungslose Veräußerung ausdrücklich verbot.

Die Rechtslage des *Weingartens der Hörigen* ist sehr ähnlich der Rodung mit dem bedeutenden Unterschied, daß dieser im Gegensatz zur Rodung im allgemeinen weder als eine urbariale Hufe noch als eine unzweideutige Allodialwirtschaft angesehen wurde. Der Hörige konnte auch aus dem Weingarten „ausgeschätzt“ werden, falls er die dem Grundherrn gebührenden Leistungen verrichtet hatte, oder das Land mindestens zwei Jahre lang nicht oder nur nachlässig bearbeitete — aber schon dem Tripartitum nach nur gegen die Auszahlung des dem Marktpreis entsprechenden billigen Schätzungsgeldes (*aestimatio condigna*). Es war auch keine Pflicht der Grundherren — mit der Ausnahme der zur urbarialen Hufe gehörenden Weingärten — den von Hörigen mit „Ausschätzung“ weggenommenen Weingärten einem anderen Hörigen zu übergeben. In der Praxis haben sie aber gegen die Auszahlung des Schätzungsgeldes typischerweise dies getan. Die Weinbauern konnten hingegen ihre Weingärten frei veräußern, im allgemeinen ohne die Bewilligung des Grundherrn. Vielerorts stand aber den Verwandten und nach diesen den Nachbarn das Recht des Vorkaufs zu.

Als eine *Zusammenfassung* mögen wir die bedeutendsten Charakterzüge den ungarischen feudalen Eigentums in den Folgenden festsetzen: a) in Ungarn — wenn wir von den städtischen Rechten nicht sprechen — bestand kein Eigentum im Sinne des römischen oder des modernen Rechts, b) der Besitz (*possessio*) und das Eigentum (*dominium*) verschmolzen sich in sehr hohem Maße und c) der adelige Eigentümer hatte ein, dem Wesen nach unbeschränktes Verfügungsrecht über seine Liegenschaften prinzipiell nur dann, wenn diese als erworbene, nicht-donationsartige und die von Allodialwirtschaft-Natur qualifiziert wurden.

LITERATURVERZEICHNIS*

- Corpus Juris Hungarici*. Magyar törvénytár. (Ungarische Gesetzsammlung.) Red.: Márkus, Dezső. (1. Bd.) Werbőczy, Stephanus: *Tripartitum* opus juris consuetudinarii inclyti Regni Hungariae (1. Aufl. Viennae 1517), (2. Bd.) 1000—1526., (3. Bd.) 1526—1608., (4. Bd.) 1608—1657., (5. Bd.) 1657—1740., (6. Bd.) 1740—1835., (7. Bd.) 1836—1868. jährliche Gesetze, (8. Bd.) 1840—1848. jährliche siebenbürgische Gesetze. Budapest 1896—1901.
- Csaplovics, Joannes: *Manuale legum urbanarum anni 1836*. Viennae 1837.
- Csaplovics, Joannes: *Problemata juridica, seu Quaestiones in causis, per excelsum Curiam Regiam, Anno 1777. et sequ. revisis, pro et contra ventilatae*. Posonii 1814.
- Csausánszky, Joannes: *Extractus synopticus punctorum, et paragraphorum benigni urbanarii*. Posonii 1807.
- Csepcsányi, Thomas: *Extractus juris hungarici summarius pro usu privatorum*. Pestini 1829.
- Demien, Antonius: *Dissertatio ... ex iure hungarico de eo: An pater liberos suos per testamentum simpliciter excludere possit?* Tirnaviae 1776.
- Ege, Josephus: *Compendium benigni urbanarii et editarum eatenus altissimarum resolutionum*. Sopronii 1821.
- [Fleischhacker, Joannes]: *Institutiones juris hungarici, praemissis ejusdem historia, ac prolegomenis, tres in libros divisae*. Posonii 1792. 2. Aufl. 1975.
- Frank, Ignatius: *Novum supplementum principiorum juris civilis hungarici, continens addenda et corrigenda ex decretis ann. 1830. et 1836*. Pestini 1837.
- Frank, Ignatius: *Principia juris civilis hungarici*. 2 Bde. Pestini 1829.
- Frank, Ignatius: *Specimen elaborandum institutionum juris civilis hungarici*. Continens: I. Praecognita; II. Doctrinam de donatione regia. Cassoviae 1823.

* Die ausschliesslich ungarisch-sprachigen Werke, auch diejenigen, die nur mit einer weltsprachigen Zusammenfassung ganz geringen Umfanges versehen sind, wurden in dieser Liste nicht aufgenommen.

- Georch, Elias: Jus patrium. 3 Bde. Posonii 1807—1810. 2. Aufl. 1817.
- Grusz, Antonius: Compendium juris privati hungarici. Pestini 1818. 2. Aufl. 1837.
- Hirsch, Michael: Dissertatio ... de donatione regia in Hungaria. Budae 1780.
- Husztly, Stephanus: Jurisprudentia practica seu commentarius novus in jus hungaricum. 3 Bde. Budae 1745., Agriae 1748., 1758., 1760., Tirnaviae 1766., Agriae 1778., 1794., 1795.
- Jung, Johann: Darstellung des ungarischen Privatrechts. 5 Bde. Wien 1818—1819. 2. Aufl. 2 Bde. 1827.
- Kelemen, Emericus: Historia juris hungarici privati. Budae 1818.
- Kelemen, Emericus: Institutiones juris privati hungarici. 3 Bde. Pestini 1814. 2. Aufl. Budae 1818.
- Kolosváry, Sándor—Óvári, Kelemen: *Corpus Statutorum*. 5 Bde. Budapest 1885—1904.
- Kövy, Alexander [mehrmal namenlos]: Elementa jurisprudentiae hungaricae. Cassoviae—S. Patakini 1800, 1804, 1807, 1814, 1817, 1823, 1830, 1835.
- Kövy, Alexander: Summarium elementorum jurisprudentiae hungaricae. S. Patakini 1822.
- Madarassy, Joannes: Summaria adumbratio institutionum juris hungarici privati. Agriae 1833.
- Mailáth, Johann: Das ungarische Urbarialsystem, oder des Grundherrn und des Bauers Wechselverhältniss in Ungarn. Pesth—Leipzig 1838.
- Markovics, Joannes: Adumbratio historiae juris hungarici privati. Budae 1826. 2. Aufl. 1829.
- [Markovics, Joannes]: Epitome institutionum iuris hungarici privati. Budae 1819. 2. Aufl. 1822. 3. Aufl. 1829.
- Molnár, Stephanus: Sententiae excelsae Curiae Regiae. Pestini 1823—1831.
- Murarik, Antal: Az ösiség alapintézményeinek eredete. (Zusammenfassung: Herkunft der Aviticität, des Verbotes der Vermögensäußerung im ältesten ungarischen Recht. 210—225. S.) Budapest 1938.
- Nittray, Matthias: Dissertatio ... de eo, quid feudum inter, et regiam, quae in Hungariae Regno obtinet, donationem conveniat, aut intersit? Budae 1780.
- Pauly, Carolus: Constitutio rei urbarialis Regni Hungariae. Viennae 1817.
- Pfahler, Carolus: Jus georgicum Regni Hungariae. Viennae 1820.
- Planum Tabulare, sive decisiones Curiales. Posonii 1800.
- Preyer, Johann Nep.: Des ungarischen Bauer's früherer und gegenwärtiger Zustand, nebst einer Darstellung der Folgen und Wirkungen desselben. Pesth 1838.
- Revesz, Laszlo: Der osteuropäische Bauer. Seine Rechtslage im 17. und 18. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung Ungarns. Bern 1964.
- Sarlós, Márton: A magyar jobbágytelek tulajdonjogi viszonyai 1848 előtt. (Résumé: Les rapports de propriété des tenures serviles en Hongrie avant 1848. 24—26. p.) Acta Fac. Pol.—Jur. Univ. Sc. Budapestiensis ... Tom. I. Fasc. 1. Szeged 1959.
- Széchenyi, Stephan: Kreditwesen. Pest 1830.
- Szlemenics, Paulus: Elementa juris hunugarici civilis privati. 2 Bde. Posonii 1819.
- Szlemenics, Paulus: Elementa juris hungarici judicarii civilis. 4 Bde. Posonii 1829. 2. Aufl. 1837.

- Tárkány Szűcs, Ernő*: Vásárhelyi testamentumok. (Zusammenfassung: Die Testamente von Vásárhely. 442—447. S.) Budapest 1961.
- Das *Urbarialgesetz* des letzten Ungarischen Reichstags historisch erläutert; oder Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des ungarischen Bauern in seinem Verhältnisse zur Grundherrschaft. Leipzig 1838.
- Varga, J(ohannes)*: Typen und Probleme des bauerlichen Grundbesitzes in Ungarn 1767—1849. Budapest 1965.